

Vorlage Nr.: 2026/0218

Eingang: 18.03.2026

Umwandlung des Seitenstreifens auf der BAB5 in Fahrtrichtung Frankfurt zwischen der Anschlussstelle Karlsruhe-Durlach (44) und Karlsruhe-Nord (43)

Antrag: CDU

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	28.04.2026	24	Ö	Kenntnisnahme
Planungsausschuss	07.05.2026	3	Ö	Behandlung

Die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe beantragt:

1. Die Stadtverwaltung prüft mit den zuständigen Stellen, inwieweit der Seitenstreifen auf der Bundesautobahn (BAB) 5 in Fahrtrichtung Frankfurt zwischen der Anschlussstelle Karlsruhe-Durlach (44) und Karlsruhe-Nord (43) in eine reguläre Fahrbahn umgewandelt werden kann.
2. Die Stadtverwaltung berichtet über die Ergebnisse der Prüfung im zuständigen Ausschuss.

Sachverhalt / Begründung

Die BAB 5 ist eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen im Raum Karlsruhe. Der Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Karlsruhe-Durlach und Karlsruhe-Nord ist insbesondere zu Stoßzeiten sowie bei erhöhtem Lkw-Aufkommen stark belastet. Verkehrsteilnehmende müssen sich bei dichtem Verkehr unmittelbar in den fließenden Verkehr einfädeln, obwohl ein Teil von ihnen die Autobahn bereits an der Anschlussstelle Karlsruhe-Nord wieder verlassen möchte. Dies führt insbesondere bei Stau oder hohem Verkehrsaufkommen zu problematischen Verkehrssituationen, da zunächst eingefädelt werden muss, um kurz darauf wieder auszufahren.

Auf der Gegenfahrbahn in Richtung Basel existiert auf dem entsprechenden Streckenabschnitt bereits eine durchgehende Fahrbahn. (vgl. Bild) Durch eine Umwandlung des ca. 400m langen Seitenstreifens könnte auch auf der anderen Fahrbahn eine durchgehende Spur entstehen. Dies hätte aus Sicht der CDU-Fraktion mehrere Vorteile:

- Kein unmittelbarer Einfädelzwang für Verkehrsteilnehmende, die direkt wieder abfahren,
- Reduzierung von Konfliktpunkten zwischen ein- und ausfahrendem Verkehr,
- Erhöhung der Verkehrssicherheit, Verbesserung des Verkehrsflusses insbesondere bei Stau oder zähfließendem Verkehr.

Die CDU-Fraktion bittet um Prüfung mit den zuständigen Stellen beim Regierungspräsidium Karlsruhe, ob eine solche Umwandlung möglich und umsetzbar ist und berichtet über die Ergebnisse im zuständigen Ausschuss.

Unterzeichnet von:
Stadtrat Detlef Hofmann
Stadtrat Andreas Kehrlé

